



An das
Bundesministerium für
Bildung, Wissenschaft und Kultur
z.H. OR Dr. Gerhard Münster
Minoritenplatz 5
1014 Wien

Wien, 17. Oktober 2005

Betrifft: GZ: BM:BWK-13.480/0002-III/2/2005

Entwurf eines Bundesgesetzes über die Organisation der Pädagogischen Hochschulen und ihre Studien (Hochschul-Gesetz 2005)

Der Dachverband der Pflichtschulelternvereine tritt für die gemeinsame Ausbildung aller Lehrerinnen und Lehrer, optimaler Weise auch der KindergärtnerInnen und SozialpädagogInnen Österreichs auf universitärer Ebene ein. Mit diesem Entwurf ist nur ein erster Schritt verwirklicht, denn durch den Bakkalaureatsabschluss wird das Lehramtsstudium für Pflichtschullehrer/innen mit den Studien an den Universitäten vereinbar sein.

Da wir in Österreich für die Schulen der 10 bis 14jährigen (AHS Unterstufe und Hauptschule) wortidentente Lehrpläne haben, sind parallele Ausbildungsweisen nicht verständlich.

Die ausgeprägte politische Gewichtung im Hochschulrat spricht gegen das Prinzip der Autonomie im Hochschulbereich. Für den Pädagogischen Hochschulrat (3 Mitglieder von Bundesregierung, 1 LSR-Präsident, 1 Mitglied von Landesregierung) muss von der Bundesregierung zumindest 1 ElternvertreterIn nominiert werden, denn wir wollen ein Mitspracherecht bei der Qualifizierung und Personalentwicklung der LehrerInnen unserer Kinder.

Die Zuteilung zusätzlicher Ressourcen für die Forschung muss deutlicher ausgewiesen werden.

Die Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer muss gesichert sein und in noch größerem Umfang als bisher angeboten werden. Aus dem Entwurf geht nicht hervor, welchen Platz die Pädagogischen Institute in Zukunft haben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Maria Smahel
Geschäftsführerin

Kurt Nekula, M.A.
Vorsitzender

Maria Zoufal
Schriftführerin